

6. September 2005

Angela Merkel sorgt für Auftrieb bei der Volkspartei Mariano Rajoy will seine Partei auf neuen Kurs setzen

Mariano Rajoy, seit Oktober vergangenen Jahres glückloser Vorsitzender der Volkspartei, hatte beinahe die Hoffnung aufgegeben, seine Partei auf Vormann zu bringen. Mit der Aussicht auf einen Wahlsieg von Kanzlerkandidatin Dr. Angela Merkel scheint sich jedoch eine Wende bei den spanischen Konservativen anzubahnen. „Angela Merkel strahlt Optimismus aus und dieser wirkt sich bis in die Reihen der spanischen Volkspartei aus“, heißt es aus der Umgebung des Parteivorsitzenden. Selbst die linksgerichtete Tageszeitung „El País“ geht von einem Wahlsieg der „eisernen Dame“ aus Deutschland aus. In Angela Merkel wird die Hoffnung gesetzt, sie werde Deutschland und damit auch die Europäische Union aus der Krise herausführen.

In den letzten eineinhalb Jahren, seitdem die PP durch die dramatische Wahlniederlage vom 14. März 2004 in die Opposition verwiesen wurde, musste die Partei ein Tal der Tränen durchschreiten. Mit dem gemäßigten Konservativen Rajoy sollte der Neuanfang der PP gewagt werden. Doch saß der Schock der vernichtenden Wahlniederlage viel zu tief, als dass die Partei zum Oppositionsalltag hätte übergehen können. Die immerwährenden Versuche der Parteispitze, die Ereignisse nach dem Terroranschlag des 11. März von Madrid zu rechtfertigen und sich dadurch zu rehabilitieren, schlugen fehl. Darüber hinaus ließ der neue sozialistische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero und seine Regierung keine Gelegenheit aus, das spanische Volk an die „Lügen“ und „Verschleierungstaktik“ der Volkspartei nach den Attentaten zu erinnern. Fixiert auf die „Schmach der Niederlage“ betrieb die PP eine negative Vergangenheitsbewältigung und reduzierte ihre Oppositionsrolle auf ein konstantes Neinsagen im spanischen Parlament, wie letztes die Tageszeitung „El País“ konstatierte. Die vom ehemaligen Parteivorsitzenden José María Aznar gut disziplinierte Volkspartei wahrte währenddessen stets den Anschein einer geschlossenen Partei, die ihrem neuen Vorsitzenden die Treue hielt. In Wahrheit jedoch brodelte es ständig in der Parteispitze wie auch bei der Basis. Offen durfte und wollte keiner Kritik an Rajoy und seinem Führungsstil üben, aber hinter vorgehaltener Hand wurde über den desolaten Zustand der Partei getuschelt. Wagte sich dennoch jemand aus der Deckung, wie zum Beispiel der PP-Regionalvorsitzende Josep Piqué aus Katalonien, wurde kurzerhand die innerparteiliche Diskussion mit dem Hinweis beendet, es handele sich um eine Einzelstimme, die für die Partei nicht repräsentativ sei.

Trotz des reibungslosen Übergangs von Aznar auf Rajoy auf dem 15. Parteitag im Oktober vergangenen Jahres stand der mittlerweile zum Übervater der Volkspartei gewordene Aznar weiterhin im Mittelpunkt der innerparteilichen Geschehnisse. Noch immer vermochte er es, Parteiinhalte und Personalpolitik zu steuern. Gleichzeitig nutzte Aznar die PP-nahe Stiftung FAES, deren Vorsitz er nach der Wahlniederlage übernahm, dazu, durch Veranstaltungen und ein professionell hergestelltes Video über die „wahren“ Ereignisse des 11. März seine „Rehabilitierung“ zu betreiben. Mit loyalen Gefolgs Männern wie PP-Generalsekretär Ángel Acebes, sein ehemaliger Innenminister, und PP-Fraktionssprecher Eduardo Zaplana, sein letzter Regierungssprecher, saß Aznar weiterhin an den Schalthebeln der Macht in Partei und Parlament. Dies führte jedoch letztendlich dazu, dass Rajoy nur wenig Möglichkeit hatte, sich dem langen Schatten Aznars zu entziehen.

Dennoch hat Rajoy mit äußerster Disziplin und galizischer Geduld seine Rolle als Vorsitzender einer gebeutelten Partei in den vergangenen eineinhalb Jahren ertragen. Er weiß aber auch, dass die Zeichen der Zeit für ihn sprechen. Zum einen endete der parlamentarische Untersuchungsausschuss über die Vorgänge nach dem 11. März, der fortwährend Öffentlichkeit und Partei an die schrecklichen Ereignisse nach den Bombenanschlägen erinnert hatte. Kurioserweise hatte die PP selbst auf die Fortsetzung des Untersuchungsausschusses bestanden, um die vermeintlich wahren Hintergründe der Attentate ans Tageslicht zu bringen, und damit zugleich die Erinnerung an ein unrühmliches Kapitel der auf vielen Gebieten erfolgreichen Regierung Aznar weiter wach gehalten. Die Volkspartei durchlebte so abermals das Trauma einer als ungerecht empfundenen Wahlniederlage. Mit dem Ende des Untersuchungsausschusses kann Rajoy die Partei endlich auf die Zukunft einschwören. Zum zweiten zeichnete sich vor der Sommerpause eine chaotische Bilanz der Zapatero-Regierung ab. Massendemonstrationen, zunehmende Gewalt im Baskenland und erstarkende nationalistischen Tendenzen in einzelnen Regionen brachten die Regierung an den Rand der Selbsterfleischung. Die Polarisierung der Öffentlichkeit schien Spanien zu spalten. Rajoy selbst konnte zwar kaum Vorteile aus den teils schwerwiegenden Fehlern der Regierung ziehen, weil das Image der Opposition in der Öffentlichkeit als rückwärtsgewandt empfunden wurde, doch die gespannte politische Situation wird sich bis in den Herbst hineinziehen, wenn über die Verfassungsreform in Katalonien verhandelt wird. Kommt es diesbezüglich zu keinem Kompromiss – und danach sieht es derzeit aus – droht Ministerpräsident Zapatero der Entzug seiner parlamentarischen Mehrheit durch die linksnationalistische ERC. Das Gerücht vorzeitiger Parlamentswahlen zieht seitdem durch das ganze Land. Zum dritten schöpft Rajoy Hoffnung aus den Neuwahlen in Deutschland. Diese sollen die Aufbruchstimmung innerhalb der Volkspartei anheizen. Denn gewinnt Angela Merkel die Bundestagswahl am 18. September, verliert Zapatero seinen wichtigsten politischen Verbündeten in Europa. Eine bürgerliche Koalition in Deutschland würde für Auftrieb innerhalb der Volkspartei sorgen und eine Modernisierung der Partei beschleunigen, um mit neuem Gesicht den nächsten Wahlkampf mit positivem Ausgang zu bestehen.

Angesichts dieser Ausgangsposition hat Rajoy die Sommerpause genutzt, seine parteipolitische Strategie neu auszurichten.

Sonderparteitag im Februar 2006

PP-Parteichef Mariano Rajoy eröffnete das neue politische Jahr nach der Sommerpause mit einem Paukenschlag. In einer Rede am 29. August im galizischen Pontevedra kündigte der Nachfolger des Partei-Übervaters José María Aznar überraschend einen außerordentlichen Parteitag für Februar 2006 an. Auf der Agenda stehen – vorsichtshalber – keine Personalfragen, sondern die Neuausrichtung der Oppositionsstrategie durch die Besetzung neuer Themen. In den Worten Rajoy geht es darum, die Partei an die „neuen Realitäten“ anzupassen. „Wir haben ein politisches Projekt, aber wir müssen es aktualisieren“, begründete Rajoy die Einberufung des Parteitags. Dem Vorsitzenden geht es zugleich um ein Aufbruchssignal für eine neue Phase der Oppositionsarbeit. Es sei an der Zeit, über die reine Oppositionsarbeit gegen das Regierungshandeln hinaus auch eigene Impulse zu setzen und glaubwürdige Alternativen zur Regierung Zapatero zu entwickeln, die nach Rajoy Urteil in Schlüsselfragen wie Bildung, Wirtschaft und Europapolitik keine tragfähigen Konzepte besitzt. In seiner galizischen Heimat Pontevedra rief Rajoy seinen Anhängern zu: „Die Regierung zu kontrollieren ist nicht unser Recht, sondern unsere Pflicht. Aber es reicht nicht, nur Opposition zu betreiben. Wir müssen Alternativen präsentieren; und genau das werden wir kurzfristig sowie mittel- und langfristig mit Hilfe des Parteitags machen.“ Als wichtigstes Thema der nächsten Zeit benannte Rajoy die Bildungspolitik.

Eine groß angelegte Reform des Bildungswesens, die noch von der letzten Regierung Aznar beschlossen worden war, hatte die Regierung Zapatero gestoppt. In den nächsten Wochen soll jetzt der Reformvorschlag der Sozialisten im Parlament beraten werden. Die Volkspartei wird insbesondere dafür kämpfen, dass in ganz Spanien einheitliche Lehrinhalte vermittelt werden, während die PSOE – getrieben von den nationalistischen Kräften aus Katalonien, dem Baskenland und Galizien – offensichtlich bereit ist, weit reichende Kompetenzen in der Bildungspolitik an die Autonomen Regionen abzutreten. Darüber hinaus will die Volkspartei den Parteitag dazu nutzen, die Bedeutung grundsätzlicher Werte herauszustellen sowie bisher wenig beachtete Themenfelder für die Oppositionsarbeit zu besetzen. „Wir müssen von unserer Idee von Spanien und den Freiheiten sprechen. Ich will auch, dass wir von neuen Themen sprechen, von Minderheitenrechten, davon, wie man die Immigranten integrieren kann, von der Wirtschaft in einer globalisierten Welt sowie von der Notwendigkeit des Wettbewerbs und des Wohlfahrtsstaats“, so Rajoy eindringlich. Auch in der Außen- und Europapolitik sollen auf dem Parteitag glaubwürdige Alternativen zur Regierung Zapatero entwickelt werden.

Beratungen der Parteispitze über das neue Oppositionsmodell

Am 1. und 2. September traf sich die Parteispitze der Volkspartei zur Klausurtagung in Segovia. Teilnehmer waren neben dem Parteichef Mariano Rajoy die Parteispitzen, die für gewöhnlich an den wöchentlichen Strategiesitzungen jeweils montags teilnehmen. Dazu zählen Generalsekretär Angel Acebes, Fraktionssprecher Eduardo Zaplana, der Fraktionsführer im Senat, Pío García-Escudero, der Führer der PP-Gruppe im Europaparlament, Jaime Mayor Oreja, der katalanische PP-Vorsitzende Josep Piqué, der andalusische PP-Vorsitzende Javier Arenas, der Bürgermeister von Madrid Alberto Ruíz-Gallardón sowie das Vorstandmitglied Carlos Aragonés. Es war

das erste Treffen der Führungsspitze in dieser Zusammensetzung seit der herben Kritik des katalonischen PP-Vorsitzenden Josep Piqué am Erscheinungsbild der Partei und an den Personen von Zaplana und Acebes.

Das Treffen diente zum einen dazu, die Konferenz der Regionalpräsidenten am 10. September vorzubereiten. Die PP ist darum bemüht, eine einheitliche, kohärente Argumentationslinie gegen den Vorschlag der Regierung zur Reform der Finanzierung des Gesundheitssystems zu entwickeln. Desweiteren wurde in Segovia das Vorgehen für das Zusammentreffen des Parteivorsitzenden mit Ministerpräsident Zapatero am 5. September abgestimmt. Mariano Rajoy hatte schon zuvor angekündigt, dem Regierungschef konkrete Kooperationsangebote in vier Politikbereichen machen zu wollen, die für den spanischen Staat von substantieller Wichtigkeit sind: Antiterrorpolitik, Außenpolitik, Reform der Bildungspolitik, Reform der Autonomiestatuten. Dadurch will die Volkspartei verhindern, dass sich die Sozialisten von ihren parlamentarischen Verbündeten – in erster Linie nationalistische Parteien aus den Regionen – Zugeständnisse in Politikfeldern abpressen lassen, welche die ureigenen Kompetenzen des Zentralstaats betreffen und damit Einheit und Zusammenhalt des spanischen Staates gefährden. Zugleich signalisiert die Volkspartei mit diesem Entgegenkommen Bereitschaft zu Dialog und Zusammenarbeit in Fragen von hohem nationalem Interesse. Dieser Schwenk von der bisherigen Konfrontationsstrategie hin zu einer konstruktiven Oppositionspolitik ist Teil der von Rajoy betriebenen Neuausrichtung der Volkspartei. Sollten die Sozialisten die ausgestreckte Hand des Oppositionsführers ausschlagen, läge der „schwarze Peter“ bei der PSOE, nicht mehr bei der Volkspartei, die sich bislang allzu leicht das Image des „Nein-Sagers“ anheften ließ.

Imagewechsel und Zukunftsorientierung

Mit der Erschließung neuer Themen „schlägt der PP-Chef gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe“. Zum einen dringt die Volkspartei unter anderen mit Themen wie Einwanderung und Minderheitenrechte auf Felder vor, die bisher die Sozialisten mit Erfolg für sich allein reklamiert hatten und will sich damit auch neue Wählerschichten erschließen. Zum anderen soll damit endgültig der Abschied von dem Image einer Partei gelingen, die nur in der Vergangenheit verhaftet ist und allein auf die Themen Antiterrorismuspolitik und Autonomiereformen setzt, um das Erbe Aznars zu verteidigen. Das ständige Malen des Horrorszenarios vom Zerbrechen des spanischen Nationalstaates infolge der Nachgiebigkeit der Regierung Zapatero gegenüber den baskischen, katalanischen und galizischen Nationalisten ist aus der Sicht Rajoys auf Dauer zu wenig. Gleichzeitig eröffnet die Besetzung neuer Themen auch die Möglichkeit, frische, unverbrauchte Gesichter zu präsentieren, die diese Bereiche vertreten. Damit will der Vorsitzende die derzeitige Rollenverteilung, bei der neben ihm selbst vor allem die Gralshüter des Erbes von José Maria Aznar, nämlich Generalsekretär Angel Acebes und Fraktionssprecher Eduardo Zaplana, das öffentliche Erscheinungsbild der Partei prägen, besser ausbalancieren. Genau dies hatte vor der Sommerpause der katalanische PP-Vorsitzende und ehemalige spanische Außenminister Josep Piqué gefordert. Dieser hatte Acebes und Zaplana als „Leute der Vergangenheit“ bezeichnet und mehr Protagonismus für neue Gesichter gefordert, womit er eine heftige Kontroverse in der Partei ausgelöst hatte. Parteichef Rajoy sah sich gezwungen, Piqué scharf zu rügen und den beiden Galionsfiguren Acebes und Zaplana notgedrungen den Rücken zu stärken, um eine drohende Personaldebatte

und Spaltung der Partei in liberale Mitte und konservative Aznaristen zu verhindern. Spätestens jetzt waren personelle Wechsel in der Parteispitze, sollte der Parteichef sie jemals beabsichtigt haben, nicht mehr möglich, ohne die Geschlossenheit der Partei zu riskieren.

Bewertung

Der von Rajoy verkündete Sonderparteitag und der Kurswechsel in der Oppositionsstrategie sind als deutliche Aufbruchssignale zu deuten. Er weiß, dass ihm nur wenig Zeit bleibt, die Partei auf Vordermann zu bringen. Deswegen will er nun die Gunst der Stunde nutzen. Gleichzeitig wird erkennbar, dass der Vorsitzende willens ist, die Zügel der Volkspartei stärker als bisher in die Hand zu nehmen und sich langsam aber sicher aus dem Schatten seines Vorgängers Jose María Aznar zu lösen. Die behutsame Neuorientierung könnte eine Art Königsweg sein, die Partei programmatisch zu erneuern und die Rolle der Getreuen Aznars zugunsten einer Orientierung zur politischen Mitte zurückzudrängen, ohne jedoch den Widerstand des stärker konservativen Parteiflügels zu provozieren. Zugleich zeugt die Entscheidung Rajoys aber auch von einem neu gewonnenen Selbstvertrauen und Führungsstärke des Parteichefs, was auch weitere Indizien zu bestätigen scheinen.

So wird Rajoy nach Informationen der Internetzeitung „El Semanal Digital“ zukünftig stärker als bisher bei den Parlamentsdebatten im spanischen Kongress auftreten. Bisher hatte Rajoy seine Auftritte meist auf Reden in Schlüsseldebatten beschränkt, in denen er direkt auf Ausführungen von Regierungschef Zapatero antworten konnte. Das „Alltagsgeschäft“ der parlamentarischen Oppositionsarbeit hatte er seinem Fraktionssprecher Eduardo Zaplana überlassen, der sich dadurch deutlich profilieren konnte. Künftig will Rajoy öfter in Debatten eingreifen und auch direkt die Reden von Ministern erwidern. Dadurch würde Zaplanas Wahrnehmung in der Öffentlichkeit sinken, was vom Parteichef durchaus intendiert sein könnte. Denn Zaplana wie auch Generalsekretär Acebes genießen unter den Wählern aus dem politischen Zentrum, das es für einen künftigen Regierungswechsel zu erobern gilt, kein großes Ansehen. Sie werden mit dem unrühmlichsten Kapitel der Regierung Aznar – der Informationspolitik nach den Anschlägen am 11. März 2004 – aufs Engste verbunden. Zaplana als Regierungssprecher und Acebes als Innenminister waren damals die beiden Hauptprotagonisten, die auf Weisung Aznars selbst dann noch vehement an der These von der ETA-Täterschaft festhielten, als die Indizien längst auf einen Anschlag mit islamistischem Hintergrund hindeuteten. Bis zum Abschluss des Untersuchungsausschusses zu den Terroranschlägen war die Volkspartei deshalb noch mehr mit Rückzugsgefechten beschäftigt, um die Informationspolitik der Regierung Aznar zu verteidigen und vom Verdacht der bewussten Wählertäuschung reinzuwaschen, als dass eine zukunftsorientierte Oppositionspolitik möglich gewesen wäre. Die vorsichtige Beschneidung von Zaplanas Öffentlichkeitswirkung zugunsten des Parteichefs selbst deutet daraufhin, dass Rajoy diese rückwärtsgewandte Oppositionspolitik jetzt endlich hinter sich lassen will, um den Blick nach vorne zu wenden.

Ein Wahlsieg Angela Merkels in Deutschland würde zudem für Auftrieb innerhalb der Volkspartei sorgen. Das Trauma der Wahlniederlage vom 14. März 2004 soll ein Ende finden und durch eine effiziente und zukunftsgerichtete Oppositionspolitik mit realen Alternativen ersetzt werden. Die Zeichen der Zeit in Spanien und die politischen

Veränderungen in Europa, die durch Angela Merkel eingeläutet und später womöglich durch Nicolas Sarkozy in Frankreich fortgesetzt werden könnten, gestatten Rajoy jetzt, den Bruch mit der Vergangenheit zu vollziehen. Der Zeitpunkt scheint richtig gewählt, denn vorher wäre es ihm aufgrund der schwierigen Ausgangslage niemals gelungen, solche einschneidenden Veränderungen innerhalb der Partei vorzunehmen. Rajoy ist kein Spieler wie Zapatero. Er handelt stets bedächtig, vorsichtig und intellektuell. Dies entspricht ganz seinem galizischen Charakter, der ihm rät, nur dann zu handeln, wenn er gute Aussichten hat zu gewinnen, und Konfrontationen zu vermeiden, wenn er nur verlieren kann. „Aus der Hüfte zu schießen“ liegt ihm nicht. Stattdessen wird er seine Strategie nur im kleinen Kreise beraten und keine voreiligen Entschlüsse treffen. Rajoy ist ein ausgebuffter Machtpolitiker galizischer Natur, der nur dann seine Macht in ausgeprägter Weise anwendet, wenn die zum garantierten Erfolg führt. Deswegen ist damit zu rechnen, dass Rajoy es schaffen wird, die Partei langsam aber sicher aus Aznars Schatten herauszuführen, optimistisch auf die Zukunft auszurichten und die Oppositionsarbeit effizient zu gestalten. Alle diejenigen, die die politische Karriere Rajoys schon für beendet erklärten, werden sicherlich eines Besseren belehrt werden.

Michael Däumer / Stefan Reith